



Rathaus

Umschau

Mittwoch, 30. November 2011

Ausgabe 228

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› OB Ude rät Startbahngegnern zu mehr Souveränität	3
› Baurecht für 750 Wohnungen	4
› Neufassung der Zuschussrichtlinien für die Münchner Förderformel einstimmig angenommen	5
› Pfändungsschutz ab 1. Januar 2012 nur noch auf dem „P-Konto“	6
› Welt-AIDS-Tag: Referat für Gesundheit und Umwelt klärt an Infostand auf	7
› Baumpflegearbeiten an Kastanie in der Hans-Sachs-Straße	8
› Vortrag „Angenehme Wärme dank moderner Heiztechnik“	9
› Vortrag „Fledermäuse, Aubings heimliche Koblode der Nacht“	9
› Modellverkauf der Deutschen Meisterschule für Mode	10
› Bairische Singstunde am Münchner Christkindlmarkt	10
› Konzerte der Städtischen Sing- und Musikschule im Dezember	11
› Stadtmuseum: Konzert auf historischen Instrumenten	12
Antworten auf Stadtratsanfragen	13
› Chancen von Ampeln mit Restzeitanzeige unter Münchner Verkehrsverhältnissen darstellen	13
› Mehr Lärmschutz schon früher möglich?	15
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	17

Terminhinweise

Wiederholung

Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr, Altes Rathaus

Oberbürgermeister Christian Ude spricht beim offiziellen Festakt zum 100-jährigen Jubiläum des Wohnungsamtes. Der Festakt wird begleitet von einer Ausstellung zur Geschichte und zu aktuellen Aufgaben des Amtes für Wohnen und Migration, mit historischen Filmaufnahmen, Fotos und Dokumenten. Am 1. Dezember 1911 wurde das Münchner Wohnungsamt gegründet, um die Wohnungsnot breiter Bevölkerungsschichten zu lindern. Bis heute hat das Wohnungsamt (seit 2004 „Amt für Wohnen und Migration“) vorrangig die Aufgabe, Münchnerinnen und Münchner, die selbst dazu nicht in der Lage sind, mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Dazu ist die Aufgabe gekommen, die Integration von Zuwanderern maßgeblich mitzugestalten.

Wiederholung

Donnerstag, 1. Dezember, 18 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal

Im Rahmen einer Feierstunde überreicht Bürgermeister Hep Monatzeder den Umweltpreis der Landeshauptstadt München an die Preisträgerinnen und Preisträger des Jahres 2011. Der Münchner Umweltpreis ist seit langem fester Bestandteil in der Münchner Umweltszene und wird für herausragende Leistungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz in München vergeben.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 3. Dezember, 10 Uhr,

Messegelände, Internationales Congress Center (ICM), Saal 14

Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Meisterfeier der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

Samstag, 3. Dezember, 19 Uhr,

Gasteig, Glashalle, Rosenheimer Straße

Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnet die Ausstellung „Stein. Impulse. Kontraste. Zeitgenössische Bildhauer in Simbabwe“. Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt von ConArtz, Kristin Diehl und dem Kulturreferat und wird bis 8. Januar 2012 gezeigt.



Montag, 5. Dezember, 9.10 Uhr, Hiltenspergerstraße 76

Stadträtin Dr. Inci Sieber (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Amalie Mack im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 5. Dezember, 10 Uhr, Raum 109, Rathaus

Oberbürgermeister Christian Ude und Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz präsentieren im Rahmen einer Pressekonferenz die Entwürfe des Schlussabgleichs zum Haushalt 2012 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2011 - 2015.

Montag, 5. Dezember, 11 Uhr, Kuglmüllerstraße 14

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Wilhelm Horkel im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 7. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr,

BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 7. Dezember, 19 Uhr,

ASZ Forstenried-Solln, Herterichstraße 58 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Hans Bauer statt.

Meldungen

(teilweise voraus)

OB Ude rät Startbahngegnern zu mehr Souveränität

(30.11.2011) Die gestrige Presseerklärung des Bündnisses gegen die 3. Startbahn mit weitreichenden Unterstellungen gegen den Oberbürgermeister und die Stadtratsmehrheit entbehrt nach Ansicht von Oberbürgermeister Christian Ude jeder sachlichen Grundlage. Wörtlich stellt

der Oberbürgermeister fest:

1. Ich war von der ersten Bekanntgabe an für die Initiative der Grünen, die Haltung der Stadt München zum Flughafenausbau durch einen Bürgerentscheid zu klären. Dabei bleibt es.
2. Ebenso war ich von der ersten Bekanntgabe an für den Stadtratsantrag der CSU, mit einem Ratsbegehren auch die Haltung der Stadtratsmehrheit (immerhin SPD, CSU und FDP) darzustellen, so dass jede wahlberechtigte Person über Pro und Kontra ausgewogen und nicht nur einseitig informiert wird.
3. Im Gegensatz zu manchem grünen Politiker in München habe ich von Anfang an erklärt, dass ich das Ergebnis eines Bürgerentscheids auch respektieren und befolgen werde.
4. Nachdem die Grünen selber das erste Münchner Bürgerbegehren („3 Tunnel für den Ring“) mit einem konträren Bürgerbegehren beantwortet haben (gemeinsam mit der SPD: „Das bessere Bürgerbegehren“), können sie es jetzt ja wohl nicht als Verfahrenstrick brandmarken, wenn die Bürgerschaft auch diesmal eine Alternative zur Entscheidung vorgelegt bekommt.
5. Bei allem Verständnis für Nervosität und Angst nach dem Stuttgarter Bürgerentscheid sollten die Startbahngegner mit Vorwürfen wie „schlechter Demokrat“ oder „Taschenspielertrick“ besonnener umgehen. Die Münchner Grünen könnten sich selbst als gute Demokraten erweisen, indem sie sich wie ihre Baden-Württemberger Parteifreunde verpflichten, den selbst herbeigeführten Bürgerentscheid auch bei Nichtgefallen zu befolgen.

Baurecht für 750 Wohnungen

(30.11.2011) Um der starken Nachfrage nach Wohnungsbauflächen wirkungsvoll begegnen zu können, hat der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung auf Antrag von Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk in seiner heutigen Sitzung Baurecht für zirka 340 Wohnungen am Frankfurter Ring und an der Leopoldstraße geschaffen. Auf der Grundlage dieser Baurechtsschaffung können auf ehemals gewerblich oder militärisch genutzten Flächen Wohnquartiere mit guter Aufenthaltsqualität und einem differenzierten Wohnungsangebot entstehen. Wie bei Bebauungsverfahren der Landeshauptstadt München üblich, wird nach dem Prinzip der Sozialgerechten Bodennutzung auch in den neuen Gebieten ein Anteil von 30 Prozent der neu geschaffenen Wohnbaurechte für den geförderten Wohnungsbau reserviert.

Für weitere 410 Wohnungen hat Stadtbaurätin Merk in der Sitzung erste planungsrechtliche Voraussetzungen für Wohnbauflächen an der Carl-

Wery-Straße, Meistersingerstraße und an der Sauerbruchstraße zur Beschlussfassung vorgelegt. Diese Bebauungspläne können - nach Abschluss der Öffentlichkeitsphase - voraussichtlich im ersten Halbjahr 2012 endgültig verabschiedet werden.

Insgesamt handelt es sich um ein Volumen von etwa 750 Wohnungen an gut erschlossenen Standorten, die dem Ziel der Innenentwicklung der Stadt München Rechnung tragen.

Neufassung der Zuschussrichtlinien für die Münchner Förderformel einstimmig angenommen

(30.11.2011) Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung in der Vollversammlung des Stadtrats haben der Ausschuss für Bildung und Sport und der Kinder- und Jugendhilfeausschuss in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 29. November die überarbeiteten Zuschussrichtlinien für die Münchner Förderformel einstimmig beschlossen. Die nun gültige überarbeitete Version der Förderrichtlinien wurde in gemeinsamer Arbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern der freigemeinnützigen Träger von Kindertageseinrichtungen in München erarbeitet. Das Ergebnis stellt alle Beteiligten zufrieden. Elisabeth Hülsmann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und Norbert J. Huber von der Caritas München lobten in der Sitzung die vorliegende Neufassung ausdrücklich und wollen ihren Einrichtungen den Einstieg in die Münchner Förderformel empfehlen.

Für die Träger von Kindertageseinrichtungen besonders wichtig ist der neu gefasste Passus über die Rücklagenbildung: Im Sinne des von der Landeshauptstadt angestrebten „aufbauenden Miteinanders“ der gesetzlichen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz und der zusätzlichen Förderung nach der Münchner Förderformel ist die Erzielung von Überschüssen kein Ausschlussgrund mehr für die Förderung durch die Stadt. Damit wird allen Trägergruppen, auch den privaten beziehungsweise gewerblichen Trägern, der Zugang zur Förderformel ermöglicht.

Weitere wichtige Eckpunkte der Neufassung sind die Erstattung der Besuchsgebühren eines dritten Geschwisterkindes durch die Stadt und die Erweiterung des zuschussberechtigten Kreises für den so genannten „Standortfaktor“:

- In städtischen Kindertageseinrichtungen zahlen Familien für ihr drittes Kind keine Besuchsgebühren. Durch die Refinanzierungszusage der Stadt in der Münchner Förderformel gilt diese Regelung nun für alle Münchner Einrichtungen.
- Der Standortfaktor ist das Herzstück der Münchner Förderformel. Mit einer besonderen Förderung von Kindertageseinrichtungen in sozial

benachteiligten Stadtvierteln will die Landeshauptstadt mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herstellen. Die Einrichtungen können die zusätzlichen Mittel zum Beispiel für mehr Personal oder besondere Fördermaßnahmen verwenden. Als Voraussetzung für eine Förderung nach dem Standortfaktor ging die bisherige Fassung davon aus, dass mindestens 70 Prozent der Kinder in einer Einrichtung aus belasteten Stadtvierteln kommen müssen. Nach der überarbeiteten Version reicht nun ein Anteil von 50 Prozent aus. So kommen noch mehr Münchner Kinder in den Genuss einer zusätzlichen pädagogischen Förderung.

Die Münchner Förderformel findet auch über die Stadtgrenzen hinaus deutschlandweit und international Anerkennung: Bei einer Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Jerusalem am 29. November wurde die Münchner Förderformel als sektorübergreifende Maßnahme zur Gesundheitserziehung und -prävention präsentiert. Dabei wurde auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status bzw. Bildungsniveau und dem Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise und für persönliche Gesundheitsvorsorge abgestellt.

Am 7. und 8. Dezember wird die Münchner Förderformel bei der Jahrestagung des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ als gelungenes Beispiel für eine aus dem kommunalen Bildungsmonitoring abgeleitete konkrete Maßnahme vorgestellt.

Pfändungsschutz ab 1. Januar 2012 nur noch auf dem „P-Konto“

(30.11.2011) Ab 1. Januar 2012 besteht Pfändungsschutz nur noch auf einem so genannten „P-Konto“. Sämtliche Geldeingänge – dazu zählen auch alle Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe), gesetzliche Renten und Kindergeld – sind auf einem normalen Giro-/Guthabenkonto nicht mehr vor einer Pfändung geschützt. Sozialleistungen können dann nicht mehr wie bisher innerhalb von 14 Tagen nach Eingang vom gepfändeten Konto abgehoben werden.

Ein bereits bestehender Pfändungsschutz bei Giro-/Guthabenkonten erlischt zum 1. Januar 2012. Vorliegende Freigabebeschlüsse der Vollstreckungsgerichte sind ebenfalls nicht mehr gültig. Dies bedeutet, dass Einkünfte aus Sozialleistungen oder Arbeitseinkommen von den bereits gepfändeten Konten nicht an den Kontoinhaber ausgezahlt, sondern an den Pfändungsgläubiger weitergeleitet werden. Davor schützt nur die Umwandlung in ein „P-Konto“ vor dem 31. Dezember 2011.



Die Schuldner- und Insolvenzberatung der Landeshauptstadt München empfiehlt dringend, bei laufenden oder drohenden Kontopfändungen sofort bei der Bank einen Antrag auf Umwandlung des Giro-/Guthabenkontos in ein „P-Konto“ zu stellen. Wer dies versäumt, steht zum Jahresbeginn 2012 unter Umständen ohne Geld da.

Bei Neupfändungen auf dem Giro-/Guthabenkonto gibt es eine vierwöchige Schutzfrist, in der das Konto in ein „P-Konto“ umgewandelt werden kann. Weitere Informationen zum „P-Konto“ gibt es bei der Schuldner- und Insolvenzberatung. Telefonischer Kontakt: 2 33-2 43 53

Welt-AIDS-Tag: Referat für Gesundheit und Umwelt klärt an Infostand auf

(30.11.2011) Die Gesamtzahl der in Deutschland mit HIV oder AIDS lebenden Menschen beträgt Berechnungen des Robert Koch-Instituts (RKI) zufolge etwa 73.000. Seit Mitte der 1990er Jahre steigt diese Zahl, da die Anzahl der Neuinfektionen aufgrund des Rückganges der Sterblichkeit höher ist als die Zahl der Todesfälle. Das RKI geht nach den Ergebnissen der Modellrechnung davon aus, dass bei etwa 14.000 der insgesamt 73.000 HIV-Infizierten die Infektion noch nicht diagnostiziert worden ist. Aufklärung ist deshalb nach wie vor wichtig, um sich einerseits vor der Krankheit zu schützen und andererseits die HIV-Infektion über einen entsprechenden Test zu diagnostizieren. Zum Welt-AIDS-Tag 2011, der am Donnerstag, 1. Dezember, begangen wird, klären das Referat für Gesundheit und Umwelt und die psychosoziale AIDS-Beratung des Klinikums der Ludwig-Maximilians-Universität mit einem gemeinsamen Infostand auf. Dieser ist in der Mensa der Fachhochschule (Lothstraße 13) von 9 bis 14.30 Uhr aufgebaut. Am Infostand wird neben einer Beratung auch ein Quiz angeboten, bei dem kleine Preise gewonnen werden können. In Deutschland wird der Welt-AIDS-Tag von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit, der Deutschen AIDS-Hilfe und der Deutschen AIDS-Stiftung organisiert. Er wird heuer unter dem Motto „Positiv zusammen leben – aber sicher!“ begangen. Einen anonymen und kostenlosen AIDS-Test bietet übrigens die „Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich AIDS“ des Referats für Gesundheit und Umwelt (Bayerstraße 28a) an. Die Beratungsstelle ist unter Telefon 2 33-2 33 33 sowie per E-Mail (aids-sti-beratung.rgu@muenchen.de) erreichbar. Die Beratungsstelle bietet neben einer individuellen Beratung und dem HIV-Test auch Untersuchungen auf andere sexuell übertragbare Krankheiten an, ebenfalls anonym und kostenlos.



In der Ambulanz-Sprechstunde werden fachärztliche Untersuchungen und gegebenenfalls Behandlungen im Falle von sexuell übertragbaren Infektionen jeden Mittwoch von 13 bis 15 Uhr anonym und kostenlos unter anderem durch Gynäkologinnen sowie Dermatologen und Dermatologinnen organisiert. Das Angebot richtet sich an alle Münchner Bürgerinnen und Bürger, vor allem jedoch an Menschen, die einen erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung haben und deren Lebensumstände eine erhöhte Ansteckungsgefahr mit sexuell übertragbaren Krankheiten für sich und andere mit sich bringen. Termine für dieses Angebot sind zusätzlich nach Absprache auch während der Sprechzeiten der Testberatung und nach Vereinbarung möglich.

Persönliche Beratungs- und Testmöglichkeit (=Testberatung):

Montag, Mittwoch 8 bis 11 Uhr

Dienstag 14 bis 18 Uhr

Donnerstag 8 bis 11 Uhr und 14 bis 15 Uhr

Ambulanz zu sexuell übertragbaren Infektionen (=STI-Ambulanz):

Mittwoch 13 bis 15 Uhr

und gegebenenfalls während der Testberatung sowie nach Vereinbarung

Telefonische Beratung: Montag, Mittwoch, Donnerstag 8 bis 12 Uhr und 14 bis 15 Uhr, Dienstag 14 bis 18 Uhr sowie freitags 9.30 bis 12 Uhr.

Baumpflegearbeiten an Kastanie in der Hans-Sachs-Straße

(30.11.2011) Die Kastanie in der Hans-Sachs-Straße hat sich seit den Baumpflegearbeiten im August letzten Jahres erfreulicherweise weiterhin als so vital gezeigt, dass ein starker Austrieb in diesem Frühjahr festgestellt werden konnte. Nach einer erneuten gutachterlichen Untersuchung eines externen Sachverständigen vom November diesen Jahres empfiehlt dieser aber aus Verkehrssicherheitsgründen wegen der vorhandenen Altersschäden an Stamm und Astwerk entweder die Fällung des Baumes oder ein starkes Einkürzen der Gesamtkrone auf zumindest zwölf Meter. Aufgrund der ökologischen Funktion des Baumes und seiner Bedeutung für das Straßen- und Ortsbild versuchen das Baureferat und der Bezirksausschuss 2 die Kastanie zu erhalten. Vorerst wird daher lediglich der für die Verkehrssicherheit erforderliche Rückschnitt durchgeführt.

Die Arbeiten erfolgen am 1. Dezember ab 8 Uhr durch eine vom Baureferat (Gartenbau) beauftragte Fachfirma. Da für Nichtkundige die Gründe solcher massiven Eingriffe oft nicht erkennbar sind, werden Mitarbeiter des Baureferates (Gartenbau) und Vertreter des Bezirksausschusses anwesend sein und die notwendigen Schritte erläutern sowie auf Fragen zur weiteren Entwicklung des Baumes antworten.

Vortrag „Angenehme Wärme dank moderner Heiztechnik“

(30.11.2011) Moderne Niedertemperatur-Flächenheizungssysteme stellen Energieberater Helmut Mager und Thermoenergetiker Günther Draxl am Donnerstag, 1. Dezember, im Bauzentrum München ab 18 Uhr vor. Der Eintritt ist kostenlos. Zu Niedertemperaturflächen-Heizungssystemen zählen Fußbodenheizungen, Wandflächenheizungen oder eine Kombination davon. Sie bieten eine ganze Reihe von Vorteilen: So sind sie prinzipiell energiesparender als Heizkörper. Die Flächenstrahlungsheizung reduziert das konventionelle Heizen und Kühlen deutlich. Ideal kombinierbar sind Flächenheizungen mit Gasbrennwertkesseln und Wärmepumpen. Für den Betrieb einer Wärmepumpe ist das Vorhandensein eines Niedertemperatursystems sogar grundsätzliche Voraussetzung. Durch diese Kombination schafft man optimale Bedingungen für mehr Unabhängigkeit von steigenden Energiepreisen. Mehr noch: Eine Flächenstrahlungsheizung hat auch gesundheitliche Vorteile gegenüber Heizkörpern, denn sie ist den Bedürfnissen des Menschen angepasst und nicht dem Gebäude. So ist die Flächenstrahlungsheizung für Allergiker besonders geeignet, da die Staubbelastung reduziert wird. Überdies wird die Strahlungswärme allgemein als angenehmer empfunden.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Telefon 54 63 66-0, Internet: www.muenchen.de/bauzentrum, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Vortrag „Fledermäuse, Aubings heimliche Kobolde der Nacht“

(30.11.2011) Eine Vortragsveranstaltung des BayernnetzNatur-Projektes Aubinger Moos widmet sich am 1. Dezember um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Aubing, Ubostrasse 9, mit den Fledermäusen einer ausgesprochen heimlichen Tiergruppe. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unterstützt den Vortrag im Rahmen des Projekts Aubinger Moos.

Über die Existenz von Fledermäusen ist im Stadtbezirk kaum etwas bekannt, obwohl manche Vertreter als regelrechte „Dorffledermäuse“ den Siedlungsbereich bevorzugen. Etliche der Arten haben ihre Quartiere zumindest in und an Gebäuden und machen sich mit Einbruch der Dämmerung von dort zur Jagd ins Aubinger Moos auf. Neben einem allgemeinen Einblick in die interessante Lebensweise der Fledermause sollen die im Stadtbezirk bislang nachgewiesenen Fledermausarten kurz vorgestellt werden.

Wegen der geringen Bekanntheit ihrer Aufenthaltsorte im Stadtbezirk bildet der Vortrag zugleich einen ersten Auftakt, um mehr Licht in das versteckte Leben dieser hochinteressanten Tiergruppe zu bringen, die bereits stark in ihrem Bestand zurückgegangen ist und sich selbst heute immer neuen Gefahren ausgesetzt sieht. Gleichzeitig sind die Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks herzlich aufgerufen, die ihnen bekannten Fledermausquartiere zu melden. Wer selbst etwas im eigenen Haus und Garten für den Erhalt der Fledermäuse tun möchte, erfährt zudem, wie man mit einfachen Mitteln dieser Tiergruppe unter die Arme greifen kann. Eine Zwergfledermaus verspeist in einer Nacht bis zu 4.000 Mücken und eine einzelne Wasserfledermaus bringt es pro Saison sogar auf 60.000 Mücken.

Den Vortrag zum Thema „Fledermäuse, Aubings heimliche Koblode der Nacht – sie sind unter uns, aber wir wissen leider nur sehr wenig über sie ...“ hält Matthias Schwahn vom Umsetzungsteam Aubinger Moos am 1. Dezember um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Aubing, Ubostrasse 9. Die Teilnahme ist kostenlos und wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung unterstützt.

Modellverkauf der Deutschen Meisterschule für Mode

(30.11.2011) Die Deutsche Meisterschule für Mode der Landeshauptstadt München bietet wie jedes Jahr zur Weihnachtszeit Damenmodenmodelle (Größe 36 und 38) aus den Kollektionen der Meisterklassen, Schmuck und Accessoires zu günstigen Preisen an. Am Samstag, 3. Dezember, besteht von 8 bis 16 Uhr im Gebäude am Rossmarkt 15 (Erdgeschoss) Gelegenheit zum Schauen und Kaufen. Die Meisterschule für Mode präsentiert sich aus diesem Anlass in vorweihnachtlicher Dekoration, für das leibliche Wohl werden Getränke und Gebäck angeboten.

Informationen zur Ausbildung an der Deutschen Meisterschule für Mode der Landeshauptstadt München unter www.mfm.musin.de.

Bairische Singstunde am Münchner Christkindlmarkt

(30.11.2011) Jeweils an den Sonntagen, 4. Dezember und 18. Dezember, findet in Zusammenarbeit von Kulturreferat und Tourismusamt der Stadt München am Münchner Christkindlmarkt von 15 bis 16 Uhr eine Bairische Singstunde mit Adventsliedern im Foyer des Alten Rathauses (Eingang: Durchfahrt zum Tal) statt. Unter fachkundiger Leitung sind alle Sangesfreudigen, ob Kinder oder Erwachsene, zum gemeinsamen Singen von bairischen und Münchner Weihnachtsliedern eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos. Am Sonntag, 4. Dezember, singen Elisabeth und Franz Mayrhofer, musikalisch unterstützt von Helmut Schweiger, von 15 bis 16 Uhr

Sternsingerlieder aus dem Liederbuch des Volksliedsammlers Kiem Pauli. Und am Sonntag, 18. Dezember, ebenfalls 15 bis 16 Uhr, gibt es Christkindllieder mit der Münchner Schule für Bairische Musik. Wer sich jetzt schon darauf einstimmen oder für den Weihnachtsabend üben möchte: Das Kulturreferat hat auf seinen Internetseiten zum kostenlosen Download eine Weihnachtsliedersammlung von Alpenländischen Weihnachtsliedern – Singtag mit Kiem Pauli – unter www.muenchen.de/volkskultur – Link: Alpenländische Weihnachtslieder – eingestellt.

Konzerte der Städtischen Sing- und Musikschule im Dezember

(30.11.2011) Im Dezember lädt die Städtische Sing- und Musikschule wieder zu musikalischen Veranstaltungen ein. Ein Großteil der Konzerte findet im Festsaal am Bogenhauser Kirchplatz in der Neuberghauser Straße 11 statt. Alle aktuellen Konzerttermine ab sofort unter: www.muenchen.de/musikschule.

Auf folgende Veranstaltungen wird besonders hingewiesen:

Adventsmusik im Dom zu unserer Lieben Frau, Frauenplatz 1.

- Zur „Adventsmusik im Dom“ lädt die Städtische Sing- und Musikschule am Freitag, 2. Dezember, um 15 Uhr ein. Unter der Leitung von Hans Peter Pairott singen und spielen Chöre, Ensembles und Orchester.

Festsaal in der Neuberghauser Straße 11:

- Austauschkonzert Schwerin - München: Am Samstag, 3. Dezember, präsentieren Schülerinnen und Schüler der Städtischen Sing- und Musikschule und der Musikschule Schwerin um 20 Uhr Werke von Claude Debussy, Johann Sebastian Bach, Wolfgang Amadeus Mozart, Franz Liszt und Alexandre Tansman. Das Konzert findet im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen den beiden Musikschulen statt und soll die Schülerinnen und Schüler besser vernetzen sowie den Gästen Einblicke in die Unterrichtspraxis der anderen Musikschule geben. Die Leitung hat Hans Peter Pairott.
- Freundschaftsspiel: Am Samstag, 10. Dezember, laden die Städtische Sing- und Musikschule und die Musikhochschule Rovigo, Italien, um 19 Uhr zu einem musikalischen „Freundschaftsspiel“ ein. Schülerinnen und Schüler präsentieren in gemeinsamen Ensembles mit Studierenden der Musikhochschule Rovigo Kammermusikwerke von Robert Schumann, Wolfgang Amadeus Mozart, Francis Poulenc, Johannes Brahms und Astor Piazzolla. Die Leitung hat Massimiliano Mainolfi.
- Studienvorbereitende Abteilung: Am Montag, 19. Dezember, findet um 19.30 Uhr unter der Leitung von Hans Peter Pairott das zweite Konzert der Studienvorbereitenden Abteilung der Städtischen Sing- und Musik-



schule in diesem Schuljahr statt. Schülerinnen und Schüler spielen Werke verschiedener Komponisten auf dem Klavier und der Violine. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei.

Stadtmuseum: Konzert auf historischen Instrumenten

(30.11.2011) Am Sonntag, 4. Dezember, 11 Uhr, findet in der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, ein Konzert mit Sergej Filchenko und Ella Sevsckaya statt. Zwei historische Instrumente der Sammlung Musik des Münchner Stadtmuseums werden in diesem Konzert zu hören sein: Sergej Filchenko spielt auf der Violine von Jacobus Stainer (1621 - 1683) aus Absam sowie auf seiner eigenen Violine des Florentiners Lorenzo Carcassi (1738 - 1757). Ella Sevsckaya begleitet ihn am Hammerflügel des Würzburgers Jakob Pfister (1770 - 1838). Der Eintritt ist frei.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 30. November 2011

Chancen von Ampeln mit Restzeitanzeige unter Münchener Verkehrsverhältnissen darstellen

Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 22.7.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Der Antrag hat die Überprüfung zum Ziel, inwieweit eine Restzeitanzeige an Münchner Lichtzeichenanlagen dazu beitragen könnten, die Immissionsbelastung an hochbelasteten Knoten zu verringern, indem die Fahrzeugführer motiviert werden, den Motor abzustellen.

Der Vollzug der Straßenverkehrsordnung ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu ihrem Antrag vom 22.07.2010 – „Chancen von Ampeln mit Restzeitanzeige unter Münchener Verkehrsverhältnissen darstellen“ – nimmt das Kreisverwaltungsreferat wie folgt Stellung:

Die Nutzung von Restzeitanzeigen ist grundsätzlich nur bei Lichtzeichenanlagen möglich, die in einem sogenannten Festzeitprogramm laufen, da eine Darstellung für den Verkehrsteilnehmer, wie viele Sekunden bis zum Freigabesignal verbleiben, nur bei unveränderlichen – „festen“ – Signalabläufen möglich ist. Das bedeutet konkret, dass die Dauer der Grünzeiten und Rotzeiten nicht variieren kann. Die Zahl dieser Lichtzeichenanlagen nimmt in München immer mehr ab, da sie nicht auf das aktuelle Verkehrsgeschehen reagieren können, wie etwa verkehrabhängige Ampeln. Diese „merken“, wenn ein bestimmter Verkehrsstrom abgeflossen ist – und geben (anstatt einem nicht mehr vorhandenen Verkehrsstrom weiter Grün zu geben) dem wartenden Verkehrsstrom schneller das Freigabesignal. So werden die Standzeiten an der Ampel reduziert. Ebenso geben sie einem besonders starken Verkehrsstrom selbstständig mehr Freigabezeit, anstatt ihn nach einem starren Muster abzurechnen, obwohl die Nebenrichtung womöglich kaum frequentiert ist. Durch die Ausrüstung der Kreuzungen mit diesen – intelligenten – Ampeln konnte die Abwicklung des Ver-

kehrts trotz einer in den letzten Jahren immer stärker angestiegenen Fahrzeugbelastung gewährleistet werden.

(derzeitiger Stand in München: Lichtzeichenanlagen in Festzeitsteuerung: 361 Verkehrsabhängige Lichtzeichenanlagen: 739)

Eine Anzeige der Restzeit würde einen Rückfall in die alten Ampelsysteme bedeuten – und aufgrund der resultierenden Verkehrsstaus derart teuer erkaufte werden, dass der Effekt der Immissionseinsparung durch Abstellen des Motors an Ampeln mit Restzeitanzeige überlagert würde. Ähnliches gilt für die in München geltende Priorisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. (Anzahl der Verkehrsabhängigen Lichtzeichenanlagen mit ÖPNV-Beschleunigung: 377) Soll die Lichtzeichenanlage erkennen können, dass sich ein Bus oder eine Straßenbahn nähert – und die Verkehrsregelung so anpassen, dass der ÖPNV ohne Halt die Kreuzung passieren kann – nicht zuletzt, um die 10-Minuten-Takte zuverlässig einzuhalten – muss es sich um eine verkehrsabhängige Ampel handeln.

Aus diesen Gründen ist der Einsatz von Restzeitanzeigen in München mit seinen vielen hochbelasteten Verkehrsknoten nicht praktikabel – zumal eine hinreichende Sichtbarkeit der angezeigten Zahlenwerte insbesondere für ältere Verkehrsteilnehmer – auf großen, mehrspurigen Kreuzungen ohnehin nicht gegeben ist.

Über die Kosten für eine Aufrüstung der Lichtzeichenanlagen mit einer Restzeitanzeige können wir momentan keine Angaben machen, weil die bestehenden Festzeitanlagen nach und nach durch intelligente Anlagen ersetzt werden.

Abschließend möchten wir ergänzen, dass das Kreisverwaltungsreferat die dargestellten Disziplinierungseffekte bei Fußgängern an einer LZA mit Restzeitanzeige nicht teilt. Nach unserer Ansicht stünde vielmehr zu befürchten, dass die Ungeduld vieler Fußgänger bei hohen angezeigten Sekundenwerten der Wartezeit erst recht dazu führen würde, die Straße bei Rot zu überqueren.

Aus den genannten Gründen ist die Ausrüstung der Lichtzeichenanlagen mit Restzeitanzeigen nicht umsetzbar.

Mehr Lärmschutz schon früher möglich?

Anfrage Stadträte Dr. Reinhold Babor, Dr. Georg Kronawitter, Mario Schmidbauer und Otto Seidl (CSU) vom 13.10.2011

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrer Anfrage führen Sie aus, dass vor gut einem Jahr wichtige Münchner Hauptverkehrsstraßen, wie z.B. die Wasserburger Landstraße, auf längeren Abschnitten mit einem Lärminderungsbelag mit einem erheblichen Zuschuss aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung lärmsaniert wurden.

Der Lärminderungseffekt war für Anlieger und Nutzer gut hörbar, die Fortschritte wurden allgemein anerkannt. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:

Entspricht es auch den Erkenntnissen der Stadtverwaltung, dass auch ein Jahr nach Inbetriebnahme der 2010 eingebauten Lärminderungsbeläge die Lärminderungswirkung nach wie vor den Erwartungen entspricht?

Antwort:

Direkt nach der Herstellung der neuen, lärmindernden Beläge wurden bei nahezu allen Teststrecken die Erwartungen im Hinblick auf die erreichte Lärminderung übertroffen.

Erwartungsgemäß trat jedoch mit der zunehmenden Dauer der Liegezeit eine leichte Reduzierung der Lärminderungswirkung ein.

Die in den Jahren 2009 bzw. 2010 eingebauten Beläge erreichen nach aktuellen Messungen derzeit die ursprünglich erwartete Lärminderung, die zwischen 3 dB(A) und 4 dB(A) liegt.

Dies erzeugt in der Wahrnehmung der Lautstärke den Eindruck, als sei das Verkehrsaufkommen auf diesen Strecken halbiert.

Zu dem für Anwohner und Nutzer gut hörbaren „Lärminderungseffekt“ trägt auch die für solche Beläge typische, verstärkte Reduzierung mittlerer und höherfrequenter Schallanteile bei, die für das Lärmempfinden sehr wichtig sind. Dadurch werden die Geräuschemissionen bei lärmindernden Belägen subjektiv als angenehmer empfunden als bei herkömmlichen

Fahrbahnbelägen. Dieser Effekt ist auch bei den aktuell durchgeführten Messungen noch nachweisbar.

Die akustische Wirksamkeit der eingebauten lärmindernden Fahrbahnbeläge entspricht aus Sicht des Baureferates somit derzeit den Erwartungen.

Aufgrund des verhältnismäßig kurzen Zeitraums, in dem die lärmindernden Fahrbahnbeläge zum Einsatz kamen, lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch keine Prognosen über die weitere Entwicklung der akustischen Eigenschaften, wie auch über die Haltbarkeit dieser Beläge abgeben.

Frage 2:

Kann vor diesem Hintergrund die Sanierung anderer Münchner (Ausfall-) Straßen fachlich vorgezogen werden und können somit weitere zehntausende Münchnerinnen und Münchner vom Straßenlärm wenigstens etwas früher als geplant entlastet werden?

Antwort:

Wie bereits in der Sitzung des Bauausschusses vom 07.12.2010 im Rahmen der Bekanntgabe zu den Maßnahmen des Konjunkturpakets II ausgeführt (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 05411), gibt es für die zur Anwendung gekommenen, innovativen, lärmindernden Straßenbeläge noch keine Langzeitergebnisse hinsichtlich der akustischen Wirksamkeit, der Dauerhaftigkeit und des Unterhaltsaufwands.

Entsprechende Erkenntnisse hierzu sollen mit Hilfe eines auf fünf Jahre ausgelegten Mess- und Untersuchungsprogramms in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden des Freistaats, wie dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der Obersten Baubehörde und der Regierung von Oberbayern, gewonnen werden.

Erst nach Abschluss der Untersuchungen kann entschieden werden, ob und unter welchen Voraussetzungen zukünftig lärmindernde Fahrbahnbeläge in München (über die Teststrecken des Konjunkturpakets II hinaus) eingebaut werden.

Wie bereits in der Bekanntgabe ausgeführt, soll dem Stadtrat zu gegebener Zeit über die Ergebnisse berichtet werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 30. November 2011

Von Tallinn lernen: München setzt Zeichen in eGovernment und oGovernment

Antrag Stadtrats-Mitglieder Haimo Liebich, Irene Schmitt (SPD), Stadträte Robert Brannekämper, Tobias Weis (CSU), Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann (FDP)

Menschenleben retten – für eine elektronische Gleisbettüberwachung bei der Münchner U-Bahn

Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Richard Quaas (CSU)

Mehr Hochbunker für Wohnungszwecke nutzen!

Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Untragbare Zustände an der Hirschbergschule umgehend beenden

Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU)

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Haimo Liebich
Irene Schmitt
Dr. Florian Roth
Robert Brannekämper
Tobias Weiß
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtratsmitglieder

München, 30.11.2011

Von Tallinn lernen: München setzt Zeichen in eGovernment und oGovernment

Antrag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Federführung des Direktoriums Ziele zu definieren, Maßnahmen zu planen und Ergebnisse festzulegen um mit Hilfe von Electronic Government und Open Government Verwaltungsprozesse und politisches Handeln durchgängig, schlank, effektiv, effizient und zeitgemäß zu gestalten.
2. Um Synergien zu nutzen, sollen bei der Umsetzung der Maßnahmen vorhandene Infrastrukturen von Bund und Ländern verwendet werden, insbesondere
 - der neue Personalausweis zur Identifikation und
 - bestehende Standards und Plattformen.Dies bedeutet insbesondere die Verwendung verfügbarer Lösungen anstatt Eigenentwicklungen, wobei ein sicherer und wirtschaftlicher Betrieb der Lösungen sichergestellt sein muss.
3. Alle laufenden und neuen Projekte werden mit den eGovernment und oGovernment-Aktivitäten synchronisiert und inhaltlich abgestimmt; die IT-Strategie der LHM ist dabei zu berücksichtigen. Dafür wird ein professionelles Multiprojektmanagement aufgebaut, das sämtliche referatsübergreifenden Projekte zeitlich und inhaltlich untereinander abstimmt.

Begründung:

In Estland und seiner Hauptstadt Tallinn konnte sich der Stadtrat eindrucksvoll davon überzeugen, wie moderne digitale Verwaltung und Regierung gestaltet werden kann. Will München weiterhin seinem Ruf als führende IT-Stadt in Deutschland gerecht werden, muss dies auch in den Verwaltungsprozessen und im politischen Handeln der LHM umgesetzt werden. Die positive Resonanz auf die oGovernment-Initiative der Landeshauptstadt München (Projekt MOGDy) und der Stadtratsbeschluss zur Erstellung einer eGovernment-Strategie & -Roadmap (Sommer 2010) sind erste richtige und wichtige Schritte. Das Potenzial, Verwaltungsprozesse mit IT-Unterstützung durchgängig, schlank, effizient und modern umzusetzen, ist aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

eGovernment und oGovernment werden ihre Wirkung insbesondere entfalten durch

- verstärkte Bürgerorientierung durch Online-Verwaltungsdienste sowie Dienste zur Bürgerbeteiligung: „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.“
- durchgängigere, effizientere und schlankere Geschäftsprozesse über Organisationsgrenzen hinweg sowie Abbau von Medienbrüchen durch verbesserte IT-Unterstützung.

- Reduzierung doppelter Datenhaltung, klare Festlegung von Daten-Eigentümerschaft und Lizenzierungen.
- aktive Nutzung von oGovernment durch die Politik und Einbindung der Community sowie der Nutzung von Open Data.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass für sämtliche Aktivitäten eine Balance im Kräfterdreieck aus Bürgerorientierung, Verwaltungsmodernisierung und Wirtschaftlichkeit gefunden werden muss. Er erwartet deswegen Vorschläge mit einer ausgewogenen Berücksichtigung aller drei Aspekte. Nur dann wird der hohen Dynamik auf diesem Gebiet geeignete Rechnung getragen.

Die bereits zu eGovernment und oGovernment vorliegenden Stadtratsanträge und -anfragen werden zusammen mit diesem Antrag aufgegriffen und im Rahmen des eGovernment-Strategie & -Roadmap Projekts behandelt. Der Beschluss wird dem Stadtrat spätestens im Sommer 2012 zur Entscheidung vorgelegt.

Anlage: Begriffserläuterungen

- **Electronic Government (eGovernment)** ist der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit organisatorischen Änderungen, um öffentliche Dienste zu verbessern und die Gestaltung und Durchführung staatlicher Politik zu erleichtern. (EU-Definition).
Beispiel: KFZ an-, ab-, ummelden per Internet.
- **Open Government (oGovernment)** steht für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung. Ziele sind mehr Transparenz, Innovationstransfer, mehr politische Teilhabe und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Politik. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt.
Beispiel: Meldung von Straßenschäden samt Photo per Smartphone.
- **Open Data** ist eine schon häufig erprobte Lösung des oGovernment: Nicht-personengebundene Informationen, die von der öffentlicher Hand erhoben wurden, werden den Bürgern zur freien Verfügung gestellt. Häufig entwickeln Bürger (die „Community“) zu diesen Daten nützliche Programme (Internet-Anwendungen, Apps für Smartphones).
Beispiel: Geo-Daten mit Smartphone-App zum herausfinden des nächsten U-Bahnhofs.
- **MOGDy** steht für Munich Open Government Day. MOGDy hat als strategisches Pilotprojekt folgende Ziele des oGovernment verfolgt:
 - Offene, kollaborative Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligung (ePartizipation): Die Münchner Bevölkerung konnte in einem Online-Beteiligungsprozess ihre Wünsche, Ideen, Erwartungen an das «Digitale München» der Zukunft einbringen.
 - Digitaler Mehrwert für den Bürger: Für städtische Daten (ein rudimentäres Datenportal findet sich unter www.muenchen.de/opendata) wurden durch die Entwicklergemeinde („Community“) in einem Wettbewerb erste Prototypen für Applikationen (Apps für Handy etc.) entwickelt.
- **Multiprojektmanagement** ist die gleichzeitige, übergreifende Planung, Steuerung und Überwachung mehrerer (untereinander abhängiger) Projekte eines ganzen Projektportfolios. Unter Projektportfolio wird eine Menge von Projekten verstanden, die gemeinsam koordiniert werden, um dadurch für eine Organisation einen größeren Nutzen zu stiften, als wenn man diese Projekte unabhängig voneinander betrachten würde.
Typische Schwerpunkte sind: Das rechtzeitige Erkennen und Vermeiden von (Personal-) Ressourcen-Konflikten sowie das Managen von gegenseitigen (organisatorischen, fachlichen, technischen) Abhängigkeiten.
- Eine **Roadmap** (englisch road map für „Straßenkarte“, „Routenplan“, „Fahrplan“) ist ein langfristiger Vorgehensplan, der wesentliche Handlungsstränge, Meilensteine und Ergebnisse enthält. Eine Roadmap kann Handlungsalternativen und ihre Konsequenzen aufzeigen und dient den Entscheidern, konkrete Ziele, Projekte und deren Rahmen festzulegen.
- **Community**. Im Internet handelt es sich bei einer Community um eine virtuelle Gemeinschaft von Internet-Usern. Die Mitglieder einer Community haben in der Regel gleiche Interessengebiete, kommunizieren über das Internet und bringen ihr Wissen in die Community ein. Die Kommunikation erfolgt über Newsgroups, Chats, Diskussionsforen, Mailinglisten, Weblogs oder Vlogs. Communities sind eines der charakteristischen Merkmale von Web 2.0.

gez.
Haimo Liebich
Stadtrat

gez.
Irene Schmitt
Stadträtin

gez.
Dr. Florian Roth
Stadtrat

gez.
Robert Brannekämmer
Stadtrat

gez.
Tobias Weiß
Stadtrat

gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat



Dr. Georg Kronawitter Richard Quaas

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
30.11.11

**Menschenleben retten –
für eine elektronische Gleisbettüberwachung bei der Münchner U-Bahn**

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Baureferat der Stadt München wird beauftragt, in Abstimmung mit dem VDV und einschlägigen Anbietern (z. B. SIEMENS, SICK) dem Stadtrat den Stand der elektronischen Gleisbettüberwachung bei U-Bahnsystemen darzustellen. Hierbei sind insbesondere Erfahrungen aus Nürnberg, aus Kopenhagen /1/ und aus Taipeh /2/ mit real existierenden elektronischen Gleisbettüberwachungssystemen bei U- und S-Bahnsystemen aufzubereiten. Besonderes Augenmerk verdienen dabei laserscanner-basierte Lösungen /1,2/, die ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis aufweisen.

Darüberhinaus wird in Abstimmung mit einschlägigen Anbietern von bildbasierten Überwachungssystemen dargestellt, inwiefern es prinzipiell möglich erscheint, die ohnehin auf den Münchner U-Bahnsteigen installierten Überwachungskameras so mit einer nachgeschalteten Szenenanalyse aufzurüsten, so dass Situationen wie der Sturz eines Menschen ins U-Bahn-Gleisbett automatisch detektiert und an die U-Bahn-Betriebsleitzentrale gemeldet werden können, um ein tragisches Unglück zu verhindern.

Begründung:

München ist erschüttert, dass innerhalb von 8 Wochen zwei junge Männer unerkannt ins U-Bahngleisbett stürzten und Minuten nach dem Sturz von einfahrenden U-Bahnen getötet wurden.

Die U-Bahnfahrer haben bekanntlich bei derartigen Konstellationen keine Chance, rechtzeitig den Zug zum Stehen zu bringen. Aufgrund ihrer Traumatisierung gehören auch die betroffenen U-Bahnfahrer/-innen zu den Opfern derartiger Unfälle.

Derartige Opfer wären vermeidbar, wenn die SWM-/MVG-Führung sich nicht bis heute allen Anregungen widersetzt hätte, die Sicherheit auf U-Bahnsteigen zu verbessern. Leider wurde sie an dieser Haltung von OB Ude als Vertreter des SWM-Gesellschafters Landeshauptstadt München und Aufsichtsratsvorsitzenden sowohl der SWM GmbH wie der MVG mbH bislang nicht gehindert.

Genau betrachtet, ist der Sicherheitsstandard im U-Bahn-Gleisbettbereich nicht besser als 1835, als die erste Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth fuhr.

Dagegen reichen schon drei Laserscanner bei der üblichen Münchner U-Bahnsteiglänge aus, um Hindernisse ab einer vorgebbaren Größe über das gesamte Gleisbett zuverlässig detektieren zu können. Damit wären all jene Todesfälle vermeidbar gewesen, bei denen zwischen dem Sturz ins Gleisbett und dem Eintreffen der U-Bahn eine ausreichend lange Zeitspanne vorlag, um den Zug vor der Sturzstelle anhalten zu können.

Im Gegensatz zu den wesentlich teureren Bahnsteigtürsystemen kann jedoch eine elektronische Gleisbettsicherung insbesondere Suizide nicht verhindern.

Auch wenn sich die MVG/SWM beharrlich weigern, Unfallzahlen im U-Bahnbereich bekanntzugeben, ist dennoch aufgrund der traurigen aktuellen Erfahrungen zu vermuten, dass mit einer elektronischen Gleisbettüberwachung immerhin mehrere Menschen pro Jahr gerettet, ihren Familien und Freunden viel Leid erspart und die U-Bahnfahrerinnen und -Fahrern vor Traumatisierungen verschont werden könnten.

Die Zeit ist gekommen, dass auch die Stadt München die Sicherheit in U-Bahnstationen mit einem durchaus vertretbaren Aufwand verbessert.

Quellen

- /1/ http://www.sick.com/group/DE/home/about_sick/journals/Documents/2_2004_d.pdf S.xx
- /2/ <http://english.trtc.com.tw/ct.asp?xItem=1056659&ctNode=27510&mp=122032>

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Richard Quaas
Stadtrat



Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE

30.11.11

Mehr Hochbunker für Wohnungszwecke nutzen!

Aus der Zeit des 2. Weltkriegs stehen in München noch etliche Hochbunker, die wohl nur noch, wenn überhaupt, zu einem geringen Teil dem Luftschutz, bzw. der Katastrophenvorsorge dienen, aber das Stadtbild vielerorts seit Jahrzehnten maßgeblich prägen und die der Stadt München gehören, die auch den Unterhalt dieser Objekte zu tragen hat.

Erste dieser Bunker wurden in den letzten Jahren für Wohn- und Arbeitszwecke umgebaut oder stehen in Planung und stellen dort dann eine städtebaulich sehr interessante Situation her, ohne die seit ca. 70 Jahren gewohnte Silhouette aufzugeben. Auch der Wohn-, bzw. Nutzwert dieser Umbauten ist erstaunlich hoch und trägt auch zu einer, wenn auch bescheidenen, Erhöhung des eher knappen Wohnungsbestandes in München bei.

Viele dieser Bunker stehen offenbar immer noch ungenutzt oder als Lagerräume verwendet „herum“, obwohl die Lagen überwiegend gut, bis hervorragend sind, so z.B. der Hochbunker an der Blumenstraße, gleich hinter der Schranenhalle, oder die Bunker in der Prinzregentenstraße, der in der Riesenfeldstraße am Petueltunnel und in der Schleißheimer Straße und viele mehr.

Alle diese Bunker würden sich für einen Umbau in Wohnraum und ggf. auch in Büros geradezu anbieten, umso mehr die heutigen Grundstückspreise und mögliche Verkaufserlöse in München, gepaart mit modernen Betonbearbeitungsmethoden, solche Projekte, im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten absolut rentabel machen können.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Hochbunker aus der Zeit des 2. Weltkriegs stehen noch heute in München und welches sind die Standorte?
2. Wie viele davon sind in den letzten Jahren für eine moderne Wohn-, bzw. Büronutzung umgebaut worden und an welchen Standorten?
3. Befinden sich alle anderen Hochbunker im Besitz der Stadt oder ggf. der öffentlichen Hand und wurden in der letzten Zeit Verkäufe getätigt, wenn ja welche, bzw. gibt es aktuell Kaufinteressenten, bzw. Kaufverhandlungen?
4. Was kosten die Stadt der jährliche Bauunterhalt und die Sicherung dieser Hochbunker?

5. Sind einzelne Bunker von der Stadt auch vermietet, wenn ja, jeweils wie lange und welche Einnahmen fließen daraus insgesamt jährlich in den Stadthaushalt?
6. Wie viele und welche dieser Weltkriegsbunker dienen heute noch Zivilschutzzwecken und lassen sich diese ggf. auch ablösen?
7. Gibt es Bunker, die sich nach Ansicht der Fachbehörden aus technischen Gründen nicht für eine „zivile“ Verwertung, bzw. einen Umbau eignen, wenn ja welche und aus welchem Grund?
8. Nachdem viele dieser Bunker in guten, ja teils hervorragenden Stadtlagen stehen, dürfte der Grundstückswert, trotz dieser schwierigen Bebauung, nicht unerheblich sein, gibt es hier anhand der jeweiligen Umgebungsgrundpreise seriöse Wertermittlungen durch die Stadt?
9. Wenn ja, wie hoch wird der Wert aller Bunker mit dem zugehörigen Grund auf dem heutigen Münchner Markt taxiert?
10. Wenn nein, warum werden solche Wertermittlungen nicht aufgenommen, mit denen sich feststellen lassen würde, ob ein Verkauf für die Stadt gewinnbringend wäre, ganz zu schweigen davon, dass darüber hinaus auch noch wertvoller Wohnraum geschaffen werden könnte?
11. Könnte die Stadt diese Objekte auch an die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften zur Verwertung übertragen und bestünde von Seiten dieser Unternehmen generell ein Interesse an diesen Bunkern, die, wie z.B. in der Prinzregentenstraße auch direkt an Wohnanlagen einer der Gesellschaften angebaut sind?
12. Ist die Stadt sonst bereit, den Verkauf dieser Hochbunker mit der Bestimmung einer künftigen Wohnnutzung offensiv, auch mit unterstützenden Maßnahmen voranzutreiben und so auch dort einen, wenn auch kleinen Beitrag zur Mehrung des Wohnungsbestandes in der Landeshauptstadt zu leisten?

gez.
Richard Quaas
Stadtrat



Elisabeth Schmucker

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
30.11.11

Untragbare Zustände an der Hirschbergschule umgehend beenden

Der Stadtrat möge beschließen:

An der Hirschberggrundschule werden umgehend die Toilettenanlagen saniert.

Begründung:

70 % der Schüler an der Hirschbergschule haben einen Migrationshintergrund und gehören nicht zu den finanziell privilegierten Schichten unserer Stadt. Von den restlichen 30 % sind viele Kinder eines alleinerziehenden Elternteils, die ebenfalls nicht zu den Reichen gehören.

Und gerade vor diesem sensiblen Hintergrund werden die Schüler gezwungen, in ihrer Schule Toiletten aufzusuchen, nach deren Besuch sie auch noch aufgrund von mangelnder Funktion von oben bis unten nass sind, von den indiskutablen, hygienischen Zuständen ganz zu schweigen.

Darüber hinaus befindet sich kein Toilettenpapier auf den „Klos.“ Jeder Schüler, der auf die Toilette muss, ist gezwungen, sich im Unterricht öffentlich zu melden und den Lehrer um Klopapier zu bitten, das ihm abgezählt (genau 5 Blatt) ausgehändigt wird. Die Schüler schämen sich dafür derart, dass viele nicht den Mut haben zu Hause zu frühstücken, aus Angst, dann in der Schule auf die Toilette und vorher den Lehrer im Unterricht um das abgezählte Papier bitten zu müssen.

Das Schulgebäude der Hirschbergschule ist gänzlich überaltert und müsste von innen saniert und modernisiert werden. Da die Stadtregierung aber bereits den Dachausbau für die Mittagsbetreuung abgelehnt hat, findet sie in ihrem Etat leider sicherlich nicht die erforderlichen Mittel für diese Innenbaumaßnahme. Aber für die Sanierung der Toilettenanlagen muss gesorgt werden – und das nicht in einigen Jahren, sondern sofort!

gez.
Elisabeth Schmucker
Stadträtin